

Es gibt neben dem bekannten „MeToo“ noch ein anderes „MeTo“-Merkmal zwischen unterschiedlichem Verhalten von Menschen. Wer in Städten wohnt und etwas darstellen will, sucht sich gleich den richtigen Stadtteil aus, damit er von der oberen Gesellschaft akzeptiert wird und sich nicht mit den Problemen der Menschen, die nur ein schmales Portemonnaie ihr Eigen nennen, belasten will. Am Besten man guckt da gar nicht hin. Geht in die Stadt aber nur, um in Geschäften zu shoppen, die Markenwaren anbieten. Alles andere wäre unter ihrer Würde. Sie verkehren am liebsten nur auf der gleichen Gesellschaftsebene. Sonst müsste man ja das „Elend“ hautnah jeden Tag sehen oder miterleben. Selbst in einigen Dörfern ist es wichtig, die richtige Adresse zu haben. Oben auf dem Berg zu wohnen, ist so etwas wie die Königsresidenz. Da ist man unter sich und muss sich nicht mit dem „Plebs“ beschäftigen, denn der Geldbeutel ist voll gefüllt und man kann sich seine Wünsche erfüllen. Alles andere, was unten im Dorf passiert, interessiert nicht.

Nun haben sich durch die Schulverhältnisse zum Beispiel in Bremen nach dem II. Weltkrieg in den Gruppierungen von „Unten nach Oben“ verschoben. In Bremen hatte man beschlossen, dass kein Schulgeld für höhere Schulen, wie für die Mittelschule, die Gymnasien und ähnliche Einrichtungen, mehr zu zahlen ist. In anderen Bundesländern wurde das noch verlangt und hatte zur Folge, dass intelligenten Kindern von Arbeitern und Angestellten mit niedrigem Einkommen, der Weg zum Abitur und Studium verwehrt wurde. Nach dem Motto: Wer einmal Arbeiter ist, kann auch wieder Arbeiter bleiben. Das hatte man in Bremen endlich begriffen und wollte Änderungen. Aber vielleicht auch nur, weil in der SPD die Politiker der Nachkriegszeit oft aus einem sehr einfachen Elternhaus kamen, in dem das Geld knapp war und gerade Frauen selten gefördert wurden. Das Motto: Sie heiratet ja doch. Das Streben nach Höherem war trotzdem oder gerade deshalb in diesen Elternhäusern ausgeprägt. Nach dem Motto: Es sollte den Kindern zukünftig besser gehen. Nicht selten ging eine Mutter früher putzen, damit das Schulgeld für die Tochter bezahlt werden konnte. Meistens hatten in den Familien die Frauen das Sagen, weil die Männer durch lange Arbeitszeiten in Fabriken und am Hafen wenig Freizeit hatten. In den Firmen am Hafen wurden oft Doppelschichten geschoben, je nachdem, wie die Schiffe anlandeten. Nun hat sich das Niveau in der Schulbildung in vielen Landesteilen von Deutschland, trotz der Häufung von Industriezentren, auch geändert.

Schulbildung war plötzlich angesagt und ohne lebenslanges Lernen kommt heute keiner mehr im Beruf zurecht. Das hat nun Mann oder Frau, seitdem die digitale Welt eingezogen ist, begriffen.

Als sich die DDR 1989 auflöste, kamen wieder die Ängste auf, dass sich der eigene Wohlstand, bedingt durch den Beruf oder die Wohnsituation, verändert. Wohnungen wurden durch den Zuzug der DDR-Bevölkerung knapp. Ebenso wurde in Berufen nach Mann und Frau sortiert, wobei die Frauen aus der DDR durch ihre technischen Berufsausbildungen Vorteile hatten. Wer in der DDR blieb, hatte schlechte Karten. Viele Betriebe wurden geschlossen oder gingen Pleite. Nachdem nun über 25 Jahre nach dem Zusammenschluss der Bundesrepublik und der DDR vergangen sind, gibt es immer noch gravierende Unterschiede zwischen Ost und West. Ängste um Job und Wohnung sind geblieben. Die Auflösung der DDR und der Zusammenschluss wird noch einige Generationen andauern, bis ein einheitliches Niveau geschaffen ist und die ehemaligen „DDR-Bürger“ sich an neue Normen und Verhaltensweisen gewöhnt haben. Dass nach der Wende der „Ausverkauf“ der DDR stattgefunden hat, kann nicht mehr geleugnet werden. Aber es wurde zu wenig in die neuen Bundesländer investiert, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. „Abwickeln“ war leichter und „ausbeuten“ ebenso. Besitzansprüche aus vergangenen Zeiten, als es noch keine DDR gab, kamen noch dazu. Deshalb entstand der Druck von rechts und die jetzigen Verhaltensweisen von Menschen, die glauben, zu kurz gekommen zu sein. Dieses Gefühl haben die westdeutschen Politiker, die im Osten zuerst Ministerpräsident wurden, nicht begriffen und nicht umsichtig genug gehandelt, um einen Wandlungsprozess in der Bevölkerung zu aktivieren. Deshalb wird jetzt die geballte Faust erhoben und die Aufmärsche mit den Forderungen gegen „Überfremdung“ aufgestellt.

Als nun die Grenzen der „Afrikanischen und der Asiatischen Staaten“ durchlässig wurden, kamen wieder Ängste auf, die man gerade nach dem Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten etwas abgebaut hatte. Es wurden erneut Abgrenzungen zwischen Menschen geschaffen, die eigentlich nach dem Gesetz „gleich sein“ sollten. Ein neuer Verteilungskampf steht an und die „Rechten“ stehen nicht nur vor der Tür, sondern sie sind schon drin und sitzen im Bundestag. In den 60er-Jahren gab es schon einmal ein Comeback der NPD und ein Adeliges aus Hannover wollte wieder rückwärtsgerichtete Politik aktivieren.

Damals scheiterte er damit. Jetzt sitzen sie im Bundestag und die christlichen Parteien haben gemeinsame Haltungen, wie Asylpolitik zu gestalten ist. Sie nennen es „Asyltourismus“ und der müsste abgestellt werden, wie ein Fließband. Eine Verrohung von Sprache trägt dazu bei, dass sehr viele Menschen sich dem Demokratiedanken verschließen und lieber gegen Menschen mit dunklerer Hautfarbe, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln protestieren. Im Endeffekt haben sie wieder Angst, wie nach 1989, das brüderlich geteilt werden muss. Nach dem Motto, dann bekomme ich später nicht mehr soviel Rente, oder muss Platz machen in einem Bus, wenn eine schwarze Mutter mit Kind einen Sitzplatz benötigt. Vielleicht sogar Unterstützungen bekommt, die man in der Gesellschaft selber nicht bekommt. Manchmal kommt es mir vor, als wären wir wieder im Jahr 1946 und bitten um amerikanische Schulspeisung und haben Polizisten, die einem Angst einflößen. Als die Demokratie noch in den Kinderschuhen steckte und die Obrigkeiten die Verhaltensmuster des III. Reichs noch beibehalten und nicht umgelernt hatten, war von demokratischem Verhalten keine Rede. Manche wollten es sogar nicht. Erst nach 1965, als die Demokratisierung einen gewaltigen Schub erhielt, kam eine gewisse Liberalisierung zutage, die durch die Studentenunruhen und die Diskussion um Gerechtigkeit erst mit vielen Demonstrationen erkämpft werden musste. Aber nur in Frankreich wurden die Arbeiter bei den Demonstrationen mitgenommen, um ein erträgliches Leben für alle zu gestalten. Nicht wie in Deutschland, wo die Studenten lieber unter sich bleiben wollten und sich für die Probleme der Arbeiter am Fließband nicht interessierten. In der Kommune 1 machten die Frauen den Haushalt und „die Herren Studenten“ ließen sich bedienen und wählten aus, wer mit Ihnen Sex haben durfte. Selbst die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern wurde von konservativen Seiten lange nicht akzeptiert und muss heute noch konkretisiert werden. Was im Grundgesetz schon seit dem 21. Mai 1949 stand, wurde einfach nicht ausgeführt und selten beachtet. Selbst bei gleicher Arbeit gab es keinen gleichen Lohn - und heute? Es wird weiter gekämpft, damit Frauen mit Kindern bei Scheidungen nicht untergebuttert und zum Sozialfall werden, da Betreuungen für Kinder immer noch Mangelware ist. Deshalb haben die Frauen keine Chance, wieder arbeiten zu gehen. Auch ist die Gleichheit zwischen Ost- und Westdeutschland nach fast 30 Jahren Zusammenschluss noch nicht erreicht. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, ist ein

Traum. Selbst bei Betreuungen im Alter, sei es privat oder im Altenheim, erschließt

es sich keinem Menschen, dass zuwenig Personal viele Menschen früher sterben lässt. Warum geht eine Gesellschaft so mit Menschen um, die unserer Hilfe bedürfen? Warum gibt es immer noch so hohe Arbeitslosenzahlen, obwohl Arbeitskräfte und auch Auszubildende gesucht werden? Warum werden Flüchtlinge, die arbeiten wollen, nicht schneller integriert? Warum sind Interessenten in Pflegeberufen Mangelware? Denn Ware sind wir alle, die nur hin und her geschoben werden, bis wir in Rente gehen und dann nur noch bedingt geschoben werden, obwohl wir von der Rente auch noch Steuern zu zahlen haben. Selbst bei Beamten fängt man jetzt an, befristete Stellen auszuschreiben. Aber die Vorteile im Beamtentum sind immer noch massiv, im Gegensatz zu Angestellten und Arbeitern in der freien Wirtschaft. Wer als Angestellter bei der Rente nur 48 % des letzten Lohnes als Rente erhält, kann als Beamter mit über 70 % rechnen und nennt es Pension. Vor allen Dingen ist aber auch, wenn man nicht gerade goldene Löffel klaut, die Unkündbarkeit im Beamtentum und es wird selten kontrolliert, welchen Arbeitseifer der Beamte an den Tag legt. Während der Takt des Fließbandes beim Arbeiter in der Fabrik eher höher gestellt wird, damit der Gewinn des Konzerns größer ausfällt.

Das, was die großen Kirchen uns vormachen, kann ebenfalls kein gutes Beispiel sein, weil sich in dem Verhalten der zumindest katholischen Kirchen nichts ändert. In der katholischen Kirche ist die Gleichberechtigung nicht auszumachen. Dort stehen fast nur (dicke) Männer auf der Kanzel und sind pompös angezogen. Das stellt wiederum Macht dar. Das Defizit in der katholischen Kirche, was Frauen angeht, ist gewollt. Als Mann habe ich das Sagen. Sage auch der Haushälterin bei sehr niedrigem Lohn, was sie zu tun hat. Erstens für mich und dann für den lieben Gott. Das dann Frauen infolgedessen eine niedrige Rente bekommen, interessiert die meisten katholischen Pfarrer oder Priester nicht. Schließlich wird mit Gotteslohn argumentiert. Manche arbeiten nach der Pensionierung dann sogar noch freiwillig weiter, sodass der katholische Pfarrer den Lohn ganz sparen kann. Wenn man in einer katholischen Einrichtung arbeitet, muss man gucken, ob einem bei Scheidung und oder Wiederverheiratung der Job erhalten bleibt. Der katholische Arbeitgeber hat zu bestimmen, wie sich seine Angestellten im Privatleben verhalten. So etwas ist

das Sahnehäubchen in den Arbeitsverträgen – und ganz legal.

Bei der evangelischen Kirche gibt es auch sehr konservative Kräfte, die meinen, man müsste die Uhr noch ein wenig zurückdrehen. Wer als Pfarrer eine farbige Frau in deren Heimatland kennen gelernt und geheiratet hat, dem wird oft nicht mit viel Toleranz begegnet. Wenn der Kirchenvorstand, der schon in die Jahre gekommen ist, sehr konservatives Verhalten an den Tag legt, dann möchten sie keine Sekretärin einstellen, die schon mal geschieden worden ist. Aber es stört nicht, wenn der Pfarrer, der sich in der Gemeinde vorstellt, sich über die Trennung von seiner ersten Frau und seines Bartes, glücklich schätzt. Es wird überall mit zweierlei Maß gemessen. Wir da oben und ihr da unten, ist die Devise, und das hat das nichts mit christlichem Verhalten zu tun.

Wir regen uns im Moment über den amerikanischen Präsidenten Trump auf, wenn er Verlautbarungen über Twitter loslässt. Eine vernünftige Kommunikation zwischen dem Präsidenten und den Journalisten, ist im Moment nicht zu sehen. Man kommt sich eher wie in einer Versteigerung vor, bis bei den Geboten der Hammer fällt. Oberflächlich und autoritär wird Politik gemacht, als wäre man auf unterstem Niveau gelandet. Ob Einfuhrsteuer und in welchen Prozenten gezahlt werden soll, ändert sich täglich. Es ändert sich auch täglich, ob der neue Bundesinnenminister mal Interesse hat, für alle Deutschen einzutreten, oder ob nur die Bayernwahl für die CSU gewonnen werden soll. Und alles, was etwas fremd aussieht, dem „Asyltourismus“ untergeordnet werden wird. Nach Logik und wer berechtigt ist, hier zu bleiben, ist die große Unbekannte. Es kommt zu keiner Gleichung, die Sinn macht und Verstand hat. Wenn nun bald vom Bundesinnenminister Seehofer „getwittert“ wird, kann man nur noch zum Mond reisen, damit man beiden Politikern – Trump und Seehofer - nicht mehr begegnet.

Da oben gibt es noch keinen Golfplatz, bayerische Berge und viele Maß, um sich zu sättigen. Nicht zu vergessen die elektrische Eisenbahn, die zur Ablenkung verhilft, damit man sich nicht den aktuellen Problemen als Innenminister stellen muss, sondern Möglichkeiten hat, alles auszusitzen; selbst den Rücktritt.

Es muss den Menschen, den Bürgern hier endlich einmal klargemacht werden, dass man jeden Menschen zu achten hat, sowie man selber auch geachtet werden möchte. Das ist eine Voraussetzung für jeden Menschen, der in einer

Demokratie leben möchte, ohne dass man Angst haben muss, wenn man sich in das Leben begibt. Warum ist das so schwer, es den Bürgern klarzumachen?

Jeder Mensch hat gleiche Rechte.

Danach muss jeder handeln. Ausnahmen darf es nicht geben. Aber da nicht jeden Tag Weihnachten ist und Geschenke verteilt werden, müssen viele Politiker und Beamte lernen, wie man mit allen Menschen umzugehen hat und ihre jetzigen Verhaltensweisen korrigieren. Gerade Politiker sollten nicht nur Sonntagsreden halten, sondern das vorleben, was sie von Bürgern verlangen und erwarten.

Dazu gehört natürlich auch, dass so dumme Reden, wie die vom Innenminister Seehofer: Die Migration ist die Mutter aller Probleme, bewusst diskutiert werden und nicht immer unter den Tisch gekehrt werden dürfen. Das „Problem“ ist nämlich Horst Seehofer. Aber das, was Horst Seehofer so von sich gibt, gehört in die Mottenkiste; tief versenkt. Er ist „rücktrittsreif“. Man sollte ihn lieber pensionieren, ihm ein paar bequeme Hausschuhe und - für seine elektrische Eisenbahn - ein neues Stoppschild schenken.